

Letzte Nachrichten.

Vergebene Liebesmüh.

H. Berlin, 28. Juni. (Reibung von Louis Fitz's Telegraphenbureau.) Die Verhandlungen, die Fitz Hasfeld gepflogen hat, um bezüglich der Rechtsfinanzreform eine Einigung zwischen der Rechten und Linken herbeizuführen, sind bisher völlig ergebnislos geblieben.

Zusammentritt der Kommission zur Reform der Verwaltung.

□ Berlin, 28. Juni. (Privattelegramm der „Saale-Ztg.“) Die Immediatkommission zur Reform der preussischen Verwaltung ist heute vormittag unter Vorsitz des Ministers des Innern Herrn v. Nolte im Ministerium des Innern zusammengetreten. Der Kommission gehören höhere Verwaltungsbeamte, sowie Vertreter der Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses an.

Der Kaiser besucht den Fürsten Fürstenberg.

Brag, 28. Juni. (Privattelegramm.) Fürst Max Egon Fürstenberg hat Befehl gegeben, auf seinem Schlosse Ana bei Függlitz alle Vorbereitungen zum Empfang des deutschen Kaisers zu treffen, der am nächsten Sonntag dort eintrifft, um an den Jagden teilzunehmen. Dieser Besuch gewinnt in Anbetracht der innerpolitischen Lage besonderes Interesse und dürfte mit dem bevorstehenden Kanzlerwechsel in Zusammenhang zu bringen sein.

Folgen schwerer Automobilunglück.

H. Petersburg, 28. Juni. Ein furchtbares Automobilunglück hat sich während des geläufigen Wettfahrens kurz vor Moskau ereignet. Der bekannte Petersburger Millionär und Sportsman Metshinin sauste kurz vor Beginn der Fahrt am Start vorüber auf die gegenüberliegende Chaussee. Beim Stöße schlug ihn das Auto infolge falscher Steuerung gegen das Geländer der Holzbrücke und stürzte 4 1/2 Meter tief in den Fluß. Metshinin und sein Chauffeur waren sofort tot.

Feuer an Bord.

London, 28. Juni. Ein Telegramm aus Lagos berichtet: Der Dampfer „Laura Londonberry“ ist von der Mannschaft, bestehend aus 24 Köpfen, verlassen worden, nachdem eine Feuerbrunst an Bord ausgebrochen war. Ein Rettungsboot mit 12 Mann Besatzung ist in Wilanooa gelandet. Die übrigen konnten bisher noch nicht ausfindig gemacht werden. Nachforschungen nach ihrem Verbleib sind angestellt.

Demission des holländischen Kabinetts.

H. Amsterdam, 28. Juni. Trozdem das Wahlergebnis entschieden zugunsten der Rechten ausgefallen ist, wird das holländische Kabinetts sehr gemäßigter Rechten. Die Demission anbieten. Es ist vorauszusehen, daß die Königin die Demission verweigern wird.

Wütiger Streit.

H. Rom, 28. Juni. In Neapel spielte sich eine blutige Camorra-Tragödie ab. Zwischen einem Führer der Camorra und dessen Verwandten brach ein Streit aus, wobei der Camorristenverboch und seine junge Frau und ein Polizist schwer verwundet wurden.

Garden und Erzberger über die Lage.

H. Paris, 28. Juni. Der „Matin“ veröffentlicht Auslassungen Maximilian Harden's und des Abg. Erzberger über die Krise in Deutschland. Erzberger erklärte, die Finanzreform würde durchgeführt werden, die Demission des Reichsanstalters sei unermittellich. Abg. Erzberger gab der Ansicht Ausdruck, daß das Reich binnen wenigen Tagen die notwendigen Steuern haben werde.

Gabelstreich.

H. Paris, 28. Juni. In Fresnes gestürzte eine Feuersbrunst gestern Abend ein großes Gefängnisgebäude. Der Schaden beträgt ca. 4 Millionen Francs. Man glaubt, daß das Feuer durch verkehrsherrliche Hand angelegt wurde.

Eisenbahnschienenlocher.

H. Valencia, 28. Juni. Auf der Linie Diosnegros fand gestern ein Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und zwei Wagen statt, in denen Arbeiter transportiert wurden. Zwei Arbeiter wurden getötet, zehn schwer verletzt.

Anarchie in Marokko.

Casablanca, 28. Juni. Von 100 spanischen Soldaten, welche nach Marokko eingeschifft wurden, gehen 75 nach Ceuta. Die Nachrichten aus Ceuta lauten sehr unbestehend; in der Provinz herrscht völlige Anarchie. Die Europäer werden fortwährend bedrängt.

Amerikanisch-englische Finanzdifferenzen.

Washington, 28. Juni. Der englische Geschäftsträger sprach im Staatsdepartement vor und erklärte wiederum, daß die finanzielle Anleihe eine rein private Angelegenheit sei. Das Staatsdepartement hält aber an seiner politischen Auffassung fest und verhandelt weiter mit Peking.

Berlin, 27. Juni. Auf dem Untergrundbahnhof Bismarckstraße hat sich gestern Abend gegen 10 Uhr ein

schwerer Unglücksfall ereignet. Als der 23jährige Schneidergeselle Moritz Reumann den Zug verlassen wollte, taumelte er und fiel auf die Schienen, gerade als der Zug anfuhr. Obwohl der Zugführer sofort frenete, gingen die vorderen Räder über den Unglücklichen hinweg, dem beide Beine zermaulmt wurden; außerdem erlitt er mehrere Verletzungen am Kopfe.

Jägersgrün i. B., 28. Juni. Als Täter des Raubmordes auf ein Gefächtsmännchen wurde hier der Gelegenheitsarbeiter Ehrlich verhaftet, der sich durch große Gelb- ausgaben verächtlich machte. Dem Wächter war seinerzeit ein Beutel mit 700 Mark Lohngeldern geraubt worden.

Paris, 28. Juni. Auf der Linie Bordeaux-Paris wurden in der Nacht zum Sonntag wieder 23 Telegraphendrähte von unbefannten Tätern durchschnitten. Der telegraphische Verkehr auf dieser Linie erlitt dadurch Unterbrechungen.

Tromsø, 28. Juni. Wellmanns „Arktik“ ist zurückgekehrt. Er erhielt die Nachricht, daß das Ballonhaus auf der Danst-Insel total herabgeworfen sei. Einer der dort Überwinternden soll verunglückt sein.

Newyork, 28. Juni. Frau Roosevelt und drei Kinder sind nach Neapel abgereist und werden den Sommer in Italien und Frankreich verbringen.

Der 14. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern

begann in Hildesheim am Freitag morgen seine Beratungen. Von der Handelskammer zu Halle a. S. ist ein Antrag eingegangen, eine Rundgebung zur Reichsfinanzreform zu beschließen. Dem Geschäftsbericht erstattete Professor Dr. A. H. Schüssler. Betreuten sind die Handelskammern Altenburg, Arnstadt, Berlin, Brandenburg, Braunschweig, Cassel, Korbuss, Dessau, Erfurt, Gotha, Gossler, Halberstadt, Halle a. S., Hildburghausen, Hildesheim, Mücheln, Mühlhausen, Nordhausen, Potsdam, Rudolstadt, Saalfeld, Sonneberg und Weimar.

Gch. Kommerzienrat Schneider, Halle a. S., referierte kurz über den Stand der Reichsfinanzreform, die gemacht wurde nur vom Standpunkte des Gednehmens aus, ohne Berücksichtigung der Kreile, denen die Lasten aufgebürdet werden. Redner wies lobend auf den Hanabund hin, der die Interessen des Handels und der Industrie unabhängig vertritt.

An den Reichsanstalt wurde folgende Resolution telegraphisch abgeleitet:

„An Seine Durchlaucht, den Fürsten Bismarck, Reichsanstalt des Deutschen Reiches. Der heute in Hildesheim veranfaltete 14. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern erhebt einstimmig Einspruch gegen die von der Mehrheit des Reichstages zur Finanzreform gefassten Beschlüsse. Diese Beschlüsse bedeuten eine Finanzpolitik, welche unter einseitiger Begünstigung des landwirtschaftlichen Teils der Bevölkerung die Hauptlast der Reichsfinanzreform dem übrigen Teil der Bevölkerung auferlegt und die Gefahr in sich schließt, der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches die Würze ihrer Kraft anzugrahen. Handel und Industrie werden nie immer auch jetzt ihre vaterländische Pflicht erfüllen und im Hinblick auf das große Ziel und die unabhingbar notwendige finanzielle Stärkung des Deutschen Reiches an einer Ordnung des Reichshaushalts mitarbeiten, welche eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten unter Heranziehung des leistungsfähigen Bestandes aller Bevölkerungsklassen vorstelt. Die mitteldeutschen Handelskammern ermahnen den verbandelten Regierung, daß sie für eine solche, auf solider Grundlage aufgebaute Ordnung des Reichshaushalts eintreten, hingegen entsprechende ihren bisherigen Erklärungen den Beschlüssen des Reichstages die verfassungsmäßige Zustimmung verweigern. Im Auftrage: Schöb, Gch. Kommerzienrat.“

Zur Verlesung an die einzelnen Handelskammern wurde eine Resolution bestimmt, welche die Gründung des Hanabundes mit Begünstigung begrüßt und die führenden Persönlichkeiten der einzelnen Handelskammerbestre auffordert, sich die Schaffung von Bezirksorganisationen anlegen sein zu lassen.

Der Verbandstag beschloß, sich weiter mit der Einführung einer Revision des Reichshaushaltsgesetzes be- schäftigen, wobei noch weiteres Material gesammelt werden soll, ferner mit einer Revision der zwangsweisen Einziehung von Handelskammerbeiträgen. Auf Vorschlag der Dessauer Handelskammer richtete der Verbandstag an die Regierungen der Bundesstaaten seines Bezirkes die Bitte, im Bundesrat dahin zu wirken, daß eine rechtsgefällige Vorrichtung erlassen wird, welche die Doppelbesteuerung beider Steuernpflichtigen Urkunden aufhebt.

Ueber die Einführung der Konzeptionspflicht für das Auskunftsgewerbe referierte für die Handelskammer zu Weimar deren Syndikus Dr. Senholt. Das Auskunftsgewerbe sei vielfach eine Zusatzindustrie für gewerbliche Erzeugnisse. Referent wünscht von dem Verbande mitteldeutscher Handelskammern, daß er in seinem Bezirke Erhebungen über die vorhandenen Auskunftsstellen anstellt. Ein Kommissions soll die weitere Schritte in der Angelegenheit un. Gch. Kommerzienrat Schneider, Halle a. S., widersprach dem Vorschlag. Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag Weimar angenommen.

Syndikus Dr. Faulhaber sprach namens der Handelskammer Brandenburg für die Schaffung eines Moders des Fabrikvertrages mit rechtsbefähigendem Wirkung. Die Verammlung nahm den vorliegenden Fabrikvertrag, der auf Anregung der Handelskammer zu Halberstadt von einer Kommission ausgearbeitet worden ist, mit einigen Aenderungen im Prinzip an.

Die Zulassung handelswissenschaftlicher Höher für die Prüfung zum einjährig-freiwilligen Dienst verlangt ein Referat des Professors Dr. Wüsch in dem Namen der Handelskammer Sonneberg. Es wurde einstimmig ein Beschlus im Sinne des Referenten gefast. Ueber die gefällige Regelung der Arbeitszeit in Kontoren referierte namens der Handelskammer Nordhausen deren Syndikus Dr. W. Schmidt. Referent spricht sich gegen eine gefällige thematische Regelung aus, die hemmend und hindernd auf den gesamten Geschäftsbetrieb wirken würde. Die Rubrik soll dem Angelegenen nicht genommen werden, aber

es kommen doch Zeiten, wo sich eine geringe Ueberforderung der Arbeitszeit nicht ohne große Schäden für das Geschäft nützlich macht. Eine Melioration, die angenommen wurde, hebt hervor, daß keinelei Voraussetzungen für den Erlaß gefälliger Bestimmungen über die Arbeitszeit in den Kontoren bestehen.

Einen Vorschlag der Handelskammer Nordhausen, der sich auf

Wiedereinführung des Anfunftsstempels bei Briefen und Postkarten richtete, lehnte die Verammlung mit geringer Mehrheit ab. Durch die Handelskammer Hildesheim werden weitere gefällige Maßnahmen gegen die sogenannten Wandereilager verlangt. In der Diskussion wurde bemerkt, daß man in den thüringischen Staaten die Wandereilager durch hohe Steuer vollständig losgemorden sel. Gefällige Schritte seien auch für Preußen wünschenswert. Als nächstjähriger Tagungsort wurde Rudolstadt gewählt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Lage der Juteindustrie.

Ueber die Lage der Juteindustrie, deren Fabrikate seit November 1907 mit einer einzigen Ausnahme anhaltend Preisrückgänge erfahren haben, schreibt man, dass das Daniederliegen der Industrie einzig in der enormen Ueberproduktion begründet ist, die sowohl eine Folge ist der übermäßigen Betriebsausdehnungen der letzten Jahre, als auch des erheblichen Rückganges des Verbrauchs. Uebererzeugung in Jutewaren besteht zurzeit in allen in Betracht kommenden Ländern, am stärksten aber tritt sie in Deutschland hervor.

Während beispielsweise die indischen Fabrikanten gemeinsam eine Betriebsbeschränkung von etwa 16 Proz. vorgenommen haben, die schottischen sich darauf beschränken, einzelne, wie nach Erfinden, Spindeln und Webstuhl stillzustellen oder die Arbeitszeit einzuschränken und die österreich-ungarischen Jutefabrikanten eine vertragsmäßige Einschränkung von 20 Proz. eintreten lassen, hat Deutschland mit einer mindestens 30 Proz. Ueberproduktion zu rechnen, der gegenüber 25 Proz. der Betriebsmaschinen der Verbandsfabriken vertragsmäßig und freiwillig eingeschränkt werden, während 5 Proz. auf freiwillige Maschinenstillstellung der sonstigen Fabriken entfallen dürften. Trotz dieser 30 Proz. Einschränkung hält das Anwachsen der Lager vorräte an.

Kohlenproduktion im Deutschen Reiche. Im Mai d. J. betrug die Produktion an Steinkohlen 11 749 488 (i. V. 12 222 674) t. Braunkohlen 5 184 088 (3 761 176) t. Kohlen 17 933 576 (17 985 852) t. Presskohlen aus Steinkohlen 409 149 (327 626) t. Presskohlen aus Braunkohlen 1 143 827 (1 172 890) t. In den Monaten Januar bis Mai 1909 betrug die Produktion an Steinkohlen 59 931 082 (i. V. 61 516 204) t., Braunkohlen 27 036 370 (27 003 501) t., Koks 8 683 507 (8 938 212) t. Presskohlen aus Steinkohlen 1 286 917 (1 635 659) t., Presskohlen aus Braunkohlen 5 842 624 (5 699 578) t.

Ascherbellerien Maschinenbau-A. G. (vormals W. Schmidt & Co. bei der Gesellschaft, die zum Loewekonen gehört, war nach dem Bericht des Vorstandes die Beschäftigung der Werkstätten in der ersten Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres gut, auch zu Anfang der zweiten noch befriedigend, liess aber am Ende des Jahres nach. Der Ertrag der Betriebe und Metten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 746 251 Mark um 48 068 Mk. auf 794 319 Mk. Die Generalkosten erreichten mit 435 561 Mk. annähernd den vorjährigen Betrag 434 129 Mk. Für Abschreibungen sind vorgesehen 211 149 (im Vorj. 188 546) Mk., so dass der Reingewinn 147 608 Mk. und zugleich der Vortrag aus 1907/08 von 38 112 Mk. beträgt. Hieraus sollte nach Ueberweisung von 7380 (i. V. 8578) Mk. an den Reservofonds 4 Proz. Dividende auf das 4 000 000 Mk. betragende Aktienkapital gleich 160 000 Mk. (wie i. V.) verteilt und 38 341 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Für das neue Geschäftsjahr sieht die Verwaltung eine wesentliche Aufwärtsbewegung der Konjunktur nicht voraus, wenn auch zurzeit, wie stets im Frühjahr, die Nachfrage lohnhafter sei. Für das neue Jahr liegen laut Bericht Aufträge in Höhe von 1 276 765 Mark vor.

Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft a. G. (Alte Leipziger). In der Generalversammlung wurden die im Vorjahre erzielten Dividendsätze unverändert für 1910 vorgezogen. Zur Dividendenplan A mithin auf 50 Proz. der ordentlichen Jahresprämie. Der Antrag des Aufsichtsrats auf Abänderung der Versicherungsbedingungen, in Berücksichtigung der am 1. Januar 1910 in Kraft tretenden deutschen und schweizerischen Gesetze über den Versicherungsvertrag wurde angenommen. Zur Ergänzung des Aufsichtsrats wurden gewählt: Verwaltender Direktor Alfred Brockhaus, Justizrat Dr. Jung und Bankier Rich. Schmidt.

Die Geschäftslage im Siegerlande wurde in der Gewerkeversammlung der Erzgrube, Wernsberger Erbstollen als recht ungünstig geschildert. Die Beschäftigung der Siegerländer Hochofenwerke sei sehr schlecht; es ständen weitere Einstellungen von Hochöfen bevor. Bei dieser Sachlage seien die Erzgruben gezeugnen, ihre schon stark eingeschränkte Förderung noch weiter herabzusetzen.

Marokkanische Staatsbank in Tanger. Die Bank, deren Verwaltungssitz in Paris ist, hat, wie der „Frank. Ztg.“ berichtet wird, in 1908 ein Erträgnis von 804 709 Pres. und einen Reingewinn von 399 051 Pres. erzielt; diese Summe repräsentiert 5,08 Proz. auf das zur Hälfte eingezahlte Kapital von 15 400 000 Pres. Für das 8 Monate umfassende erste Geschäftsjahr betrug der Reingewinn 241 891 Pres. gleich 4,75 Prozent p. a. Das Resultat wird als nicht befriedigend erachtet; um es zu steigern, müssen zahlreiche Agenturen im Lande errichtet werden, aber die Schwierigkeit liegt in der Finanzierung der geeigneten Beamten; ferner müsste der Maschinenbau der Bank einverleibt werden, um vorgeschriebene Massnahmen für die Sicherheit der Bank und ihrer Agenturen treffen, und ein Lokal für das von derselben Akte vorgesehene Spezial-Tribunal beschafft werden, dem die Bank untersteht. Für beides hat die Bank Schritte unternommen. Dem Reingewinn werden 38 995 Pres. für die gesetzliche Reserve und 91 137 Pres. für die Tilgung der Gründungs- und Einrichtungskosten entnommen und der Rest von 259 068 Pres. vorgetragen. Trotz der ungünstigen politischen Lage blieb die wirtschaftliche Lage gut infolge der reichen Ernte. Die Ausfuhr steigerte sich stark und der Handel hat sich um fast 50 Proz. gehoben. Am Jahresabschluss hatte die Bank einen Barbestand von 2 34 Mill. Pres., davon den größten Teil in marokkanischem Geld. Die zeitweilige Seltenheit des letzteren hat veranlasst, dass man von neuem die Frage der Bank zustehenden Prägung prüfte. Ferner denkt man noch im laufenden Jahre Banknoten und Kassenscheine in Umlauf zu setzen. An Diskonten waren 1 50 Millionen Francs vorhanen, wovon 1 31 Mill. Francs gegen marokkanische Münzen ausgegeben. Die Vorschüsse gegen Effekten und Waren nur ganz unbedeutend, doch sollen zur Unterstützung des Handels die Warenvorschüsse erleichtert werden. Die Vorschüsse an die Regierung betragen 11 92 Mill. Francs, wovon 2 Millionen Pres. für Rechnung der europäischeren

